

See-taler Bote
28.11.19

Windradgegner reichen Initiative ein

HITZKIRCH Die Gemeindeinitiative für ein Verbot von Windrädern ist zustande gekommen. Ob sie zur Abstimmung kommt, ist noch offen. Der Kanton signalisiert, dass ein Verbot nicht rechtens wäre.

von **Reto Bieri**

Knapp zwei Monate betrug die Sammelfrist für die Gemeindeinitiative, die ein Verbot von Windkraftanlagen in Müsslingen, Hämikon und Sulz fordert. «Zum Schutz des Naherholungsgebiets Ländenberg», wie es wörtlich heisst, 300 Unterschriften waren für das Zustandekommen nötig, was mit 537 klar übertraffen wurde. Dies entspricht rund 15 Prozent der Hitzkircher Stimmberechtigten. «Das liegt etwas über unseren Erwartungen», freute sich der Müsslinger Dieter Bösch vom Verein Pro Ländenberg am Montagmorgen bei der Unterschriftenübergabe an die Gemeinde.

Mit der Initiative haben die Windkraftgegner den Ball nun der Gemeinde Hitzkirch zugespielt. Der Gemeinderat muss nämlich entscheiden, ob er das Volksbegehren für gültig erklärt, es also überhaupt an die Urne kommt. Gemäss Gemeindeschreiber Benno Felder habe man im Vorfeld Abklärungen beim Kanton eingeholt. Das zuständige Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) erachte die Initiative inhaltlich als ungültig. Die Bundesinteressen in Bezug auf die Windkraft würden höher gewichtet als der Schutz des regionalen Naherholungsgebiets. Zudem sei der Kanton der Meinung, man dürfe mit der Initiative nicht die



Übergabe der Unterschriften an Benno Felder und David Affentranger durch Dieter Bösch und Daniel Schmid (v.l.). Foto: **mb**

Resultate des Projekts vorwegnehmen, das momentan auf dem Ländenberg erarbeitet wird, insbesondere solle man die Umweltverträglichkeitsprüfung abwarten. «Man spürt heraus, dass der Kanton die Windkraft fördern will», so Benno Felder weiter. Er gehe deshalb davon aus, dass das BUWD bei einem Ja des Hitzkircher Stimmvolls zur Gemeindeinitiative das geforderte Verbot im Bau- und Zonenreglement nicht genehmigen würde. «Diesen Entscheid könnten die Initianten dann vor Gericht anfechten.»

Auf Anfrage betont Andrea Liniger, Mitarbeiterin Rechtsdienst beim BUWD, dass der Kanton nicht die Kompetenz hat, eine Gemeindeinitiative

für ungültig zu erklären, das sei Sache der Gemeinde. Liniger bestätigt aber, dass der Regierungsrat eine Ortsplanung, die ein Verbot von Windanlagen fordert, voraussichtlich nicht genehmigen würde. Grund: «Es verstösst gegen nationales Interesse, sprich die Energiestrategie 2050. Meines Wissens gibt es bisher nirgends in der Schweiz eine kommunale Bestimmung, die ein regionales Verbot fordert.» Es sei unter gewissen Voraussetzungen sogar in nationalen Schutzgebieten erlaubt, Windräder zu errichten. «Dann müsste dies auch für regionale Schutzgebiete gelten.» Zudem sei bei einem Verbot keine Interessenabwägung mehr möglich.

Gemeinderat muss Farbe bekennen

Ob der Gemeinderat die Initiative für gültig erklärt oder nicht, werde in der nächsten Zeit entschieden, sagte Gemeindepräsident David Affentranger am Montagmorgen weiter. «Bis jetzt hat sich der Gemeinderat bezüglich Windräder auf dem Ländenberg nicht positioniert.» Die Hitzkircher Exekutive habe sich aber vertieft mit dem Thema auseinandergesetzt, Gespräche mit Gegnern und Befürwortern geführt und Windparks angeschaut. Man wolle die Umweltverträglichkeitsprüfung abwarten, spätestens dann werde der Gemeinderat aber einen Entscheid fällen und Farbe bekennen, so Affentranger.

Erklärt der Gemeinderat die Initiative für gültig, muss innerhalb eines Jahres darüber abgestimmt werden. Affentranger betont, dass die Gemeindeinitiative keinen Einfluss auf den geplanten Windpark in Beinwil im Freiamt hat, diesen also auch bei einer Annahme nicht verhindern könnte. «Es hätte höchstens eine symbolische Wirkung.» Auf Aargauer Seite würden die Windkraftgegner ihre Aktivitäten nächsten ausweiten, verkündete Daniel Schmid von Pro Ländenberg und Gemeinderat von Merenschwand. Mit der Gemeindeinitiative wolle man den Puls der Bevölkerung spüren, sagte Alfred Gloor von der «IG gegen Windkraft Ländenberg-Hitzkirch».

Gemeindeschreiber Benno Felder legte im Übrigen Wert auf die Feststellung, dass die Windradverbots-Initiative nichts mit der Einwohnergemeinde zu tun hat, sondern von privater Seite lanciert wurde. Der Gemeindestempel müsse von Amtes wegen auf dem Initiativbogen platziert werden.